

Positiv abgestimmte Anträge
Antragsmappe

1. Tiroler Schüler:innenparlament

10. November 2025
Landhaus Tirol

Antrag 1:

Künstliche Intelligenz verantwortungsvoll in Tirols Schulen nutzen

Elias Schranz – HLWest

Künstliche Intelligenz (KI) prägt unseren Alltag und wird zunehmend zu einem festen Bestandteil unserer Lern- und Arbeitswelt. Ob in der Textverarbeitung, in der Forschung oder in der kreativen Gestaltung – KI-Systeme wie ChatGPT, Copilot oder Canva AI verändern, wie wir lernen, arbeiten und denken.

Während Unternehmen und Universitäten bereits auf KI-gestützte Lösungen setzen, hinken viele Schulen in Tirol und ganz Österreich dieser Entwicklung hinterher. Häufig fehlen sowohl die notwendige technische Ausstattung als auch das Wissen, wie KI sinnvoll, sicher und verantwortungsvoll eingesetzt werden kann.

Gerade in einer Zeit, in der Desinformation, Datenschutzfragen und ethische Herausforderungen durch KI zunehmen, ist es entscheidend, Schüler:innen und Lehrkräfte auf den bewussten und reflektierten Umgang mit dieser Technologie vorzubereiten.

Ziel ist es, dass Schüler:innen nicht nur Anwender:innen, sondern kritische Mitgestalter:innen der digitalen Zukunft werden. Dazu braucht es klare Rahmenbedingungen, Fortbildungen und pädagogische Konzepte, die den sinnvollen Einsatz von KI im Unterricht ermöglichen, ohne die grundlegenden Lernprozesse zu ersetzen.

Das Tiroler Schüler:innenparlament hat daher beschlossen:

- Fortbildungen für Lehrkräfte und Workshops für Schüler:innen zum sicheren und sinnvollen Umgang mit Künstlicher Intelligenz.
- Einführung eines einheitlichen Leitfadens für Tiroler Schulen zum verantwortungsvollen Einsatz von KI (z. B. Datenschutz, Quellenangabe, ethische Nutzung).
- Erprobung von KI-gestützten Lernhilfen in Pilotschulen unterschiedlicher Schultypen (AHS, BHS, Mittelschulen), um die Praxistauglichkeit in verschiedenen Lernumgebungen zu erproben und erfolgreiche Konzepte stufenweise auf alle Schulen auszuweiten
- Bereitstellung von Leihgeräten, wenn KI im Unterricht verwendet wird
- Die kritischen und gefährlichen Seiten der künstlichen Intelligenz in den Lehrplan einbauen
- Einbindung von Inhalte zu KI, Datenschutz und Fake News in Fächern wie Digitale Grundbildung, Informatik GW
- An jeder Schule soll eine oder ein KI-Beauftragter ernannt werden, der als Ansprechperson für Lehrkräfte und Schüler:innen dient, Fortbildungen koordiniert und Fragen zum verantwortungsvollen Umgang mit KI bündelt.
- Pilotprojekte an Tiroler Berufsschulen
- Schüler:innen sollen die Möglichkeit erhalten, eigene Projekte mit Künstlicher Intelligenz zu entwickeln (z. B. kreative, technische oder gesellschaftliche Themen) – begleitet durch Lehrkräfte oder externe Expert:innen.

Antrag 2:

Eine Matura – gleiche Regeln

Marco Wehinger – HTL Anichstraße

Die Matura soll ein österreichweit vergleichbarer Abschluss sein, doch momentan ist das kaum der Fall. Zwischen Schulen und Bundesländern gibt es große Unterschiede, die kaum mit einem zentralen System vereinbar sind. Wenn manche Schüler:innen ihre Deutsch-Matura am Laptop mit digitaler Rechtschreibprüfung schreiben dürfen und andere noch mit Stift und Papier kämpfen, kann von gleichen Bedingungen keine Rede sein.

Auch in Mathematik zeigt sich diese Uneinheitlichkeit deutlich. Digitale Hilfsmittel wie GeoGebra oder CAS-Taschenrechner sind an einigen Schulen fest etabliert, an anderen fehlen sie völlig oder werden erst kurz vor der Matura eingeführt. Um faire Voraussetzungen zu schaffen, müssten solche Werkzeuge rechtzeitig in den Unterricht integriert und österreichweit verpflichtend verwendet werden.

Gleichzeitig wäre es wichtig, die kontinuierliche Leistung der Schüler:innen stärker zu berücksichtigen. Eine Kombination aus Jahresnote und Maturanote fördert nicht nur dauerhaftes Lernen, sondern reduziert auch den enormen Druck am Prüfungstag. Ebenso sollte klar geregelt sein, ab wann und in welchem Umfang der maturarelevante Stoff behandelt wird, Transparenz schafft Planungssicherheit für alle Beteiligten.

Und schließlich braucht es bei negativen Bewertungen mehr Kontrolle. Eine zweite Begutachtung würde verhindern, dass Fehlentscheidungen das gesamte Abschlusszeugnis eines Schülers oder einer Schülerin beeinflussen. Wenn schon von einer „zentralen Matura“ gesprochen wird, dann sollte sie auch wirklich zentral und einheitlich umgesetzt werden.

Das Tiroler Schüler:innenparlament hat daher beschlossen:

- Alle Schüler:innen in ganz Österreich sollen die Möglichkeit haben, ihre Deutsch-Matura einheitlich am Laptop inkl. Rechtschreibprüfung zu schreiben.
- Mathematikhilfsmittel wie GeoGebra oder CAS-Taschenrechner sollen einheitlich eingeführt und ab der 6. Klasse AHS bzw. 3. Klasse BHS verpflichtend regelmäßig im Unterricht verwendet werden.
- Beibehaltung der bestehenden 30%-Regel bei der Matura, bei der die Jahresnote zu 50% und die Maturanote zu 50% in die Endbewertung einfließt, um kontinuierliche Leistung während des Schuljahres angemessen zu berücksichtigen und den Druck auf die Abschlussprüfung zu reduzieren.
- Maturarelevanter Stoff muss vorgezogen und expliziter durchgenommen werden, ab der 4. Klasse BHS/AHS muss klar veröffentlicht sein, welche Stoffgebiete maturarelevant sind und wie die Matura abläuft.
- Jede negative Maturanote soll auf Antrag der Schülerin oder des Schülers von einer zweiten Fachlehrperson überprüft werden.
- Vorgezogene Matura an allen Schulen
- Für Lehrpersonen sollen verpflichtende Fortbildungen zur digitalen Matura eingeführt werden, um Unterricht und Prüfungspraxis zu vereinheitlichen.
- Es soll sichergestellt werden dass, das 10-Finger-System beherrscht wird
- Kostenlose Leihgeräte für Schüler:innen, die nachweislich über ungenügend finanzielle Mittel verfügen, um geeignete digitale Endgeräte zu erwerben
- Auch der Umgang mit digitalen Deutschhilfsmitteln wie Word sollte im Deutschunterricht gezielt gefördert werden und die Schularbeiten im Format der Matura stattfinden, damit Schülerinnen und Schüler diese sicher anwenden können.
- Einheitliches Programm für Mathematik Hilfsmittel Österreichweit
- "Flächendeckender Ausbau digitaler Infrastruktur an Tirols Schulen"
- Einführung eines „Matura-Fact-Sheets“ pro Fach
- Kurse online anbieten statt Kurse bei der Lehre mit Matura zu verschieben.
- Die Matura wird auf Computer geschrieben, jedoch wird man darauf zu wenig vorbereitet.

Antrag 3:

Mehr Praxisorientierung im Unterricht

Felix Eberharter – Bischöfliches Gymnasium Paulinum Schwaz

Um Schüler:innen bestmöglich auf Beruf und Studium vorzubereiten, braucht es Unterricht, der praxisnah, aktuell und lebensreal gestaltet ist. Bildung darf nicht nur Wissen vermitteln, sondern muss den Transfer in die Realität ermöglichen.

In vielen BMHSe sind Lehrpläne, Unterrichtsmaterialien und Methoden jedoch nicht mehr auf dem neuesten Stand. Sie spiegeln oft nicht die tatsächlichen Anforderungen der heutigen Arbeitswelt wider. Besonders in technischen, wirtschaftlichen und touristischen Fachrichtungen führt das dazu, dass wichtige Kompetenzen nur theoretisch vermittelt werden, während der Bezug zur Praxis fehlt.

Diese Lücke zwischen schulischer Ausbildung und realen Arbeitsbedingungen kann dazu führen, dass Schüler:innen am Ende ihrer Ausbildung nicht optimal auf den Berufseinstieg oder weiterführende Studien vorbereitet sind. Um das zu ändern, braucht es Unterricht, der aktuelle Technologien, moderne Arbeitsmethoden und reale Problemstellungen integriert. Praxisorientiertes Lernen fördert nicht nur Fachwissen, sondern auch Selbstständigkeit, Teamfähigkeit und kritisches Denken, Fähigkeiten, die in der Arbeitswelt von heute unverzichtbar sind.

Das Tiroler Schüler:innenparlament hat daher beschlossen:

- Praxisnahe Unterrichtsmethoden. Der Unterricht soll verstärkt auf reale Situationen Bezug nehmen – durch Projektarbeit, Fallstudien, Simulationen, Labor- und Werkstattübungen, die praktische Problemstellungen aus der Arbeitswelt widerspiegeln.
- Kooperationen mit Betrieben, Institutionen und Hochschulen. Schüler:innen sollen regelmäßig die Möglichkeit haben, mit Unternehmen, Start-ups, Organisationen und Bildungseinrichtungen zusammenzuarbeiten, um einen realistischen Einblick in Berufsfelder und wissenschaftliche Praxis zu gewinnen. Pflichtpraktika in AHS möglicherweise in Lehrplan einbauen.
- Integration moderner Technologien und Tools unter Berücksichtigung des Datenschutzes und der pädagogischen Zielsetzungen. Der Einsatz digitaler Werkzeuge soll didaktisch sinnvoll erfolgen und die Vermittlung von Medienkompetenz fördern. Aktuelle Software, digitale Werkzeuge und innovative Technologien sollen aktiv im Unterricht eingesetzt werden, um Schüler:innen an den Stand der Zeit heranzuführen und digitale Kompetenzen zu fördern.
- Regelmäßige Aktualisierung der Lehrpläne. Unterrichtsinhalte sollen in regelmäßigen Abständen überprüft und angepasst werden, damit sie den aktuellen Anforderungen von Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft entsprechen.
- Mehr Flexibilität im Fach politische Bildung, um Platz für praxisnahen Unterricht über aktuelle Thematiken zu haben.
- Lehrplanoffensive „Praxis trifft Theorie“
- Anrechnung von einschlägiger Berufspraxis für Diplomarbeit/ABA
- Einbindung von Expert:innen aus der Wirtschaft und Forschung in den Unterricht durch Gastvorträge, Workshops oder digitale Formate.
- Neben Kooperationen mit Betrieben aus Technik und Wirtschaft sollen gezielt Partnerschaften mit sozialen Einrichtungen, Bildungseinrichtungen, Pflegeorganisationen, Kindergärten, Vereinen und kulturellen Institutionen aufgebaut werden.
- Mehr Zeit für Praktika um mehr Erfahrungen im echten Leben zu sammeln
- Ausbau von dualen Lernmodellen. Tiroler Schulen sollen mit Betrieben kooperieren können, um Unterricht mit regelmäßigen Praxiseinheiten zu verbinden – nach Vorbild der dualen Ausbildung.
- Fachübergreifendes Lernen effizienter gestalten

Antrag 4:

Bessere Vorbereitung auf Pflichtpraktika – Schutz und Fairness für Schüler:innen

Sandro Exenberger – HTL Anichstraße

Praktika sind ein zentraler Bestandteil der Ausbildung an berufsbildenden mittleren und höheren Schulen. Sie bieten Schüler:innen die Möglichkeit, theoretisches Wissen in der Praxis anzuwenden, erste Berufserfahrungen zu sammeln und wertvolle Einblicke in den Arbeitsalltag zu gewinnen. Damit diese Erfahrungen wirklich lehrreich und fördernd sind, braucht es jedoch klare Strukturen, faire Rahmenbedingungen und eine gute Vorbereitung. Immer wieder zeigt sich, dass viele Schüler:innen vor ihrem Pflichtpraktikum nicht ausreichend über ihre Rechte, Pflichten und den organisatorischen Ablauf informiert sind. Das führt häufig zu Unsicherheiten, Überforderung oder im schlimmsten Fall zu unfairen Arbeitsbedingungen, etwa durch überlange Arbeitszeiten, unklare Zuständigkeiten oder fehlende Entlohnung. Eine verpflichtende Vorbereitung im Unterricht kann hier Abhilfe schaffen und sicherstellen, dass Schüler:innen geschützt, informiert und selbstbewusst in ihr Praktikum starten.

Zudem profitieren Schüler:innen besonders von gut betreuten Praktikumsstellen, an denen sie verschiedene Tätigkeitsbereiche kennenlernen und praxisnahe Aufgaben übernehmen können. Eine enge Begleitung durch die Schule und durch qualifizierte Mentor:innen im Betrieb unterstützt den Lernprozess und stärkt berufliche Kompetenzen. Ebenso wichtig ist, dass Praktika fair gestaltet sind, mit angemessener Anerkennung, Wertschätzung und klaren Standards.

Das Tiroler Schüler:innenparlament hat daher beschlossen:

- Verpflichtende Vorbereitungseinheiten vor Beginn des Pflichtpraktikums. Alle höheren Schulen sollen vor Antritt des Praktikums verpflichtende Unterrichtseinheiten durchführen, die Themen wie Arbeitsrecht, Versicherung, Sicherheit am Arbeitsplatz, Verhalten im Betrieb sowie Rechte und Pflichten von Praktikant:innen abdecken.
- Einheitliches Informationspaket für alle Schüler:innen. Die Bildungsdirektion Tirol soll in Zusammenarbeit mit der Arbeiterkammer, Wirtschaftskammer und der Landesschüler:innenvertretungen ein einheitliches Informationspaket entwickeln, das alle wichtigen rechtlichen und organisatorischen Informationen enthält.
- Faire und lernfördernde Praktikumsbedingungen unter Einhaltung klarer Mindeststandards (z. B. maximale Arbeitszeit, definierte Betreuungszeiten und angemessene Aufwandsentschädigung) sollen verpflichtend festgelegt und regelmäßig überprüft werden. Verpflichtende Praktika sollen so gestaltet sein, dass Schüler:innen für ihre Arbeit angemessen entlohnt werden, realitätsnahe Einblicke in das Berufsleben erhalten und durch qualifizierte Betreuung unterstützt werden.
- Gezielte Vermittlungs- und Vernetzungsangebote. Schulen sollen Schüler:innen aktiv bei der Suche nach geeigneten Praktikumsplätzen unterstützen und regelmäßig Unternehmenstage oder Infoveranstaltungen organisieren, um Kontakte zwischen Betrieben und Schüler:innen zu fördern.
- Anrechnung herausragender Praktikumsleistungen
- Nach jedem Pflichtpraktikum soll eine Feedback- und Evaluationsrunde zwischen Schüler:innen, Schule und Betrieb stattfinden, um Erfahrungen auszutauschen und die Qualität der Praktika langfristig zu verbessern.
- Begründung: Rückmeldungen ermöglichen Qualitätskontrolle und tragen dazu bei, dass zukünftige Schüler:innen von verbesserten Strukturen profitieren
- Einrichtung einer zentralen Online-Plattform für Praktikumsstellen in Tirol, über die Schulen geprüfte Betriebe veröffentlichen, die faire Bedingungen und qualifizierte Betreuung garantieren.
- Vermehrte Bewerbungsworkshops in der Schule

Antrag 5:

Kompetenzorientierte Vertiefungsfächer an BMHSen

Nina Meraner – HTL Imst

Ein wesentliches Merkmal der berufsbildenden mittleren und höheren Schulen (BMHS) ist die Verbindung von Allgemeinbildung mit fachlicher Spezialisierung. Viele Schüler:innen wünschen sich dabei mehr Gestaltungsspielraum, um ihre Ausbildung besser an ihre persönlichen Interessen, Fähigkeiten und beruflichen Ziele anzupassen. Derzeit sind Wahlpflichtfächer und Vertiefungsangebote jedoch je nach Schultyp sehr unterschiedlich geregelt und oft zu starr oder eingeschränkt. Besonders in den höheren Jahrgängen wäre eine gezieltere Schwerpunktsetzung sinnvoll, um Schüler:innen bestmöglich auf den Berufseinstieg oder ein weiterführendes Studium vorzubereiten. Vertiefungsfächer sollten dabei nicht bloß als zusätzliche Unterrichtsstunden verstanden werden, sondern als echte Alternativen zu bestehenden Fächern, um Überlastung zu vermeiden und gleichzeitig individuelle Kompetenzen gezielt zu fördern. Schule soll ein Ort sein, an dem Spezialisierung nicht mit Mehrbelastung, sondern mit persönlicher Entwicklung und Zukunftsorientierung verbunden ist.

Das Tiroler Schüler:innenparlament hat daher beschlossen:

- Erweiterung des Angebots an Wahlpflicht- und Vertiefungsfächern. Schüler:innen sollen – abhängig vom jeweiligen Schultyp – aus einem breiteren Spektrum an Schwerpunktfächern wählen können, um ihre Ausbildung stärker nach individuellen Interessen und Stärken zu gestalten.
- Stärkung des Praxisbezugs in Vertiefungsbereichen. Wahlpflichtfächer sollen praxisnäher gestaltet werden – durch Projektarbeit, Kooperationen mit Betrieben, praxisorientierte Lernformate und die Einbindung aktueller Technologien und digitaler Kompetenzen.
- Vertiefende Fächer sollen in die bestehende Stundenverteilung integriert werden, sodass Schüler:innen Schwerpunkte setzen können, ohne das Gesamtausmaß der Unterrichtsstunden zu erhöhen.
- Förderung von Zukunftskompetenzen. Die Vertiefungsangebote sollen gezielt jene Kompetenzen stärken, die für die Berufswelt und das Studium der Zukunft entscheidend sind – wie Teamarbeit, kritisches Denken, Kreativität und digitale Fertigkeiten.
- Einführung eines jährlichen Evaluationsberichts über Wahlpflicht- und Vertiefungsfächer, erstellt von der Bildungsdirektion Tirol in Zusammenarbeit mit Schüler:innenvertretungen und Lehrkräften, um Bedarf, Qualität und Zufriedenheit regelmäßig zu überprüfen.
- Vertiefungsfächer sollen gezielt Zukunftskompetenzen wie Problemlösefähigkeit, Kommunikation, kritisches Denken und digitale Kompetenz fördern, wie sie auch in der OECD Future of Education and Skills 2030-Initiative definiert sind.
- Schulen sollen die Möglichkeit erhalten, Vertiefungsfächer gemeinsam mit regionalen Betrieben, Fachhochschulen oder Universitäten zu entwickeln, um Praxisnähe und Zukunftsorientierung sicherzustellen.
- Orientierungsmodule vor Schwerpunktwahl
- SV sollten in die Auswahl der Vertiefungsangebote aktiv eingebunden werden
- Fächerübergreifende Schwerpunkte in Wahlpflichtfächern
- Kompetenzorientiertere und flächendeckendere Module für das System der modularen AHS

Antrag 6:

Anerkennung ehrenamtlicher Schüler:innenarbeit an Tiroler Schulen

Markus Obermair – HTL Anichstraße

Das ehrenamtliche Engagement von Schüler:innen – sei es als Schulsprecher:in, Klassensprecher:in, Mitglied in schulischen Gremien, durch die Mitarbeit in Projekten wie einem Open Makerspace oder Repair Café, oder in gemeinnützigen Organisationen wie Wasserrettung, Rotes Kreuz oder Feuerwehr – stellt einen bedeutenden Beitrag für die Gemeinschaft dar. Diese Leistungen, ob entgeltlich oder unentgeltlich, verdienen eine offizielle Anerkennung.

Ein einheitliches System zur Würdigung solcher Tätigkeiten würde die Motivation der Schüler:innen stärken, gesellschaftliches Engagement fördern und die Wertschätzung für freiwillige Arbeit sichtbar machen. Eine offizielle Bestätigung, etwa in Form eines Zertifikats oder Zusatzzeugnisses, kann außerdem bei Bewerbungen und künftigen Bildungswegen von großem Nutzen sein.

Das Tiroler Schüler:innenparlament hat daher beschlossen:

- Die Einführung eines landesweit einheitlichen Anerkennungssystems für ehrenamtliche und gemeinnützige Schüler:innenarbeit – sowohl innerhalb der Schule (z. B. Schulsprecher:in, Klassensprecher:in) als auch außerhalb, insbesondere in Organisationen wie Wasserrettung, Rotes Kreuz, Feuerwehr, sozialen Projekten, Open Makerspace oder Repair Café – in Form eines offiziellen Zertifikats oder Zusatzzeugnisses, ausgestellt durch die Direktion.
- Die Möglichkeit der besonderen Auszeichnung herausragender Leistungen durch die Bildungsdirektion Tirol in Kooperation mit dem Land Tirol oder durch die Schulleitung im Rahmen des abschließenden Schulfests oder einer schulischen Abschlussveranstaltung.
- Die Erstellung einer einheitlichen Vorlage bzw. eines Leitfadens durch die Bildungsdirektion Tirol, um die Anerkennung an allen Tiroler Schulen und Bildungseinrichtungen einheitlich umzusetzen.
- Einbindung von Exkursionen und Projekttagen zu ehrenamtlichen Organisationen – etwa zur Sportunion, Feuerwehr, Wasserrettung oder sozialen Einrichtungen – im Rahmen bestehender Unterrichtsfächer wie Deutsch, Sport oder GWK
- Bereitstellung von Informationsmaterial zu Ehrenamtsangeboten
- Ehrenamtliche Tätigkeiten sollen zusätzlich im offiziellen Jahreszeugnis in einer eigenen Rubrik „Gesellschaftliches Engagement“ aufscheinen, sofern sie in einem festgelegten Umfang nachgewiesen werden zB: Schüler:innenvertretung.